

Haushaltsrede Kreistag 19.12.2022 zum Haushalt 2023

Geehrte Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt für das kommende Jahr weist ein Defizit von rund 23 Millionen Euro aus. Dies muss uns für das nächste Jahr noch nicht beunruhigen, da wir dieses Defizit im nächsten Jahr noch ausgleichen können.

In den Jahren 2024 bis 2026 wird dies nicht mehr möglich sein.

Wir haben somit am Ende des Planungszeitraums ein Defizit von rund 38 Mio. €, alleine im Ergebnishaushalt. Bei den Krediten sieht die Prognose noch schlechter aus, hier beläuft sich der Schuldenstand auf über 137 Mio. €, Ende 2026.

Und vor dem Hintergrund dieser Zahlen müssen wir dann doch beunruhigt sein.

Zumal die zuständige Aufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium Darmstadt zur gleichen Einschätzung kommt.

In dem vorliegenden Haushalt ist auch kein Sparwille erkennbar, weder für das Jahr 2023 noch für die Folgejahre.

Der § 92 der HGO legt fest, dass der Haushalt sparsam und wirtschaftlich zu führen und in der Planung ausgeglichen sein muss.

Davon ist in dem vorliegenden Haushalt weder für dieses Jahr, noch für den Planungsraum bis 2026 etwas zu erkennen, ganz im Gegenteil.

Für den Haushalt 2023 lässt der aktuelle Finanzplanungserlass den Ausgleich aus Rücklagen zu. Diese sind aber zeitnah aufgebraucht und es ist in dem Haushalt auch nicht ansatzweise erkennbar wie zukünftig Überschüsse generiert werden sollen.

Die Verantwortung dafür tragen Sie Herr Landrat und der mehrheitliche Teil des Kreisausschusses (gem. § 66, Abs. 1 Nr. 6 HGO)

Ich möchte nun kurz das Haushaltssicherungskonzept ansprechen, dieses hat immerhin zwei Seiten! Bei einem Umfang des Haushaltsplans von rund 600 Seiten.

Abzüglich der Einleitung und rechtlichen Würdigung verbleibt für die Festlegungen eine einzige Seite. Selbst für den Laien ist hier erkennbar, dass hier von einem Konzept nicht die Rede sein kann. Es wird auf die gestiegenen Energiekosten und gesetzlichen Regelungen wie Wohngeld und sonstige Reformen verwiesen. Im Gegenzug sei nicht erkennbar ob und in welcher Höhe Kompensationszahlungen durch Bund und Land erfolgen werden.

In dem vorliegenden Schreiben des RP wird aber bereits jetzt darauf hingewiesen, dass ggf. noch zu erwartende Entlastungen durch die staatliche Ebene keinesfalls ausreichen, um die Finanzmisere zu beherrschen.

Es ist aber auch erkennbar, dass der Kreis hier keine eigenen Vorschläge einbringt, wo und wie gespart werden könnte.

Immerhin wird in dem Schreiben auf das Projekt mit der PD-Berater der öff. Hand verwiesen.

Am Ende des Projektes sollen konkrete und nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen benannt werden, da sind die Freien Wähler sehr gespannt.

Nichtsdestotrotz haben sich die Freie Wähler intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und sich in den Ausschussberatungen eingebracht. Verschiedene schriftliche Anfragen wurden von der Verwaltung inhaltlich umfassend und zeitnah beantwortet, dies gilt insbesondere für die schriftliche Antwort zum Teilhaushalt Soziales und Gesundheit.

Defizitär waren dagegen einzelne Erläuterungen zum Stellenplan, so wurden z.B. für den Bereich Bürgerdienste 44,17 Mehrstellen vorgesehen, die Begründung dazu lautet kurz und knapp: „Mehraufwand durch Einführung neuer Pflichtaufgaben, steigende Fallzahlen“.

Mit Verlaub dies ist einfach keine transparente Darstellung, anhand dessen wir in der politischen Befassung ein Sachurteil abgeben oder zustimmen können. Solche Zahlen müssen zumindest mal grob gerastert nach Tätigkeiten/Arbeitsplatzbeschreibungen aufgeführt werden.

Vor dem Hintergrund des offenkundig nicht genehmigungsfähigen Haushaltes haben die Freien Wähler diesmal Abstand davon genommen eigene Anträge zum Haushalt zu stellen.

Wir haben uns aber mit den vorliegenden Anträgen der KOA befasst und werden dazu differenziert abstimmen.

Den Antrag zur Unterstützung der Büchner-Bühne können wir inhaltlich nachvollziehen, wir sehen in diesem Fall aber insbesondere das Hess. Ministerium für Wissenschaft und Kunst in der Pflicht, das Theater und den Verein zu unterstützen, gleichermaßen aber auch die Kommune Riedstadt.

Die Förderung des Hospiz- und Palliativnetzwerkes sehen wir als wichtigen Beitrag für die Stiftung und stimmen dem Antrag zu.

Dem Antrag zur Förderung von Kreisverkehrsplätzen stimmen wir inhaltlich zu, auch wenn die vorliegende Formulierung, auch in der überarbeiteten Version, nicht eindeutig ist.

Den geplanten Stellenerweiterungen zum Bodenschutz, Grundwasser und Klimaschutz stimmen wir zum jetzigen Zeitpunkt als weitere Mehrstellen nicht zu.

Wir erkennen jedoch die grundsätzliche Bedeutung dieser Stellen an und könnten uns eine Abbildung im neu zu überarbeitenden Haushalt vorstellen.

Dem Antrag der CDU-Fraktion zur „Zurückweisung“ des Haushaltes können die Freien Wähler zustimmen, da es sich wie bereits erläutert um einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt handelt und die Vorlage darum nicht zustimmungsfähig ist.

Ich möchte zum Schluss noch einmal aus dem Schreiben des Regierungspräsidiums zitieren:

„Vor diesem Hintergrund empfehle ich dringend, ertrags- und aufwandsseitig Haushaltsverbesserungen vorzunehmen und eine Beschlussfassung über den Kreishaushalt 2023 erst danach vorzusehen“.

Dem ist aus Sicht der Freien Wähler nichts hinzuzufügen, außer: Wir lehnen den Haushalt in der vorliegenden Form ab.

Vielen Dank

Rolf Leinz

Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler
im Kreistag Groß-Gerau

